

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

03. Sep. 2019

Aachen, 3. September 2019

Antrag zur Tagesordnung der Ratssitzung am 18.9.2019: Unterzeichnung des ICAN-Appells für eine atomwaffenfreie Welt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte lassen Sie in der Ratssitzung am 18. September 2019 über folgende Resolution abstimmen:

Die Stadt Aachen ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen.

Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.

Begründung

Die ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, Friedensnobelpreisträger 2017) hat den o. g. Appell gestartet, der bereits unter anderem von Sydney, Paris, Washington D.C., Berlin, Köln, Düsseldorf und dem Land Rheinland-Pfalz unterzeichnet wurde. Auch der Aachener Friedenspreis hat das Engagement gegen Atomwaffen bei seiner diesjährigen Preisverleihung ausgezeichnet.

Nachdem in der NATO-Parlamentarierversammlung auch offiziell bekannt wurde, dass sich im Umkreis von etwa hundert Kilometern um Aachen drei Stützpunkte mit Atomwaffen befinden, ist es um so mehr geboten, dass sich auch Aachen dem ICAN-Appell anschließt.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Tim Hildmann

Geänderter Beschluss des Betriebsausschusses für den Aachener Stadtbetrieb
in seiner Sitzung vom 03.12.2019 zum TOP

2. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Aachen (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.12.2018:

„Der Betriebsausschuss Aachener Stadtbetrieb nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen einstimmig, die vorgelegte 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Aachen zu beschließen.

Ferner wird die Verwaltung einstimmig beauftragt, den Vennbahnweg ab sofort im Winterdienst möglichst angelehnt an Kategorie 1 zu räumen sowie die Marktplätze in der Innenstadt und in den Bezirken an Markttagen vollständig zu räumen.“



Eingang bei FB 01
27. Nov. 2019

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

26. November 2019

Antrag zur Tagesordnung der Sitzung des Rates am 11. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen der GRÜNEN, der LINKEN, der Piraten und das Ratsmitglied der UWG,
Christoph Allemand beantragen für die oben genannte Sitzung die Beratung und
Beschlussfassung der nachstehenden Resolution

„Keine Privatisierung der Spielbanken in NRW“

auf die Tagesordnungspunkt zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Melanie Seufert
Fraktionssprecherin

Leo Deumens
Fraktionsvorsitzender

gez.
Marc Teuku
Fraktionssprecher

gez.
Christoph Allemand
Ratsmitglied

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Aachen verabschiedet die folgende Resolution:

Keine Privatisierung der Spielbanken in NRW

Der Rat der Stadt Aachen fordert die Landesregierung auf, das Gesetzesvorhaben zur Privatisierung der Westdeutschen Spielbanken GmbH&Co.KG nicht weiterzuverfolgen.

Aus Sicht des Rates ist die Regulierung des Glücksspielmarkts eine wichtige staatliche Aufgabe, der Betrieb von Spielbanken in öffentlicher Hand eine Voraussetzung für größtmögliche Suchtprävention in Zeiten eines expandierenden Wett- und Glücksspielmarkts.

Die staatlichen Spielbanken erwirtschaften Erträge und nehmen gleichzeitig die Aufgabe der Suchtprävention im Sinne der Allgemeinheit wahr, ohne dass wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen.

Die Aachener Spielbank hat sich am neuen Standort Tivoli positiv entwickelt. Die Stadt profitiert von der Spielbankenabgabe. Der Weiterbetrieb des Casinos in staatlichem Besitz sichert die vorhandenen Arbeitsplätze.

Der Rat der Stadt sieht unter der Bedingung des Erhalts der staatlichen Regulierung, der Verwendung der Gewinne für die Suchtprävention und die Aufrechterhaltung der Infrastruktur vor Ort sowie des Erhalts der Arbeitsplätze keine sinnvolle Perspektive in der Privatisierung der Gesellschaft.

Zu TOP 40

Der Kinder- und Jugendausschuss hat in seiner Sitzung vom 03.12.2019 zum TOP

"Antrag des Vereins Kinder- und Jugendhilfe Driescher Hof e. V. auf eine Förderung für anstehende Sanierungsmaßnahmen inklusive Anschaffung einer Photovoltaikanlage" (FB 45/0699/WP17)

den Beschlussvorschlag wie folgt einstimmig abgeändert:

"Beschluss:

1. Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

2. Er beschließt, dem Antrag des Vereins „Kinder- und Jugendhilfe Driescher Hof e.V.“ zur Durchführung der Sanierungsmaßnahmen inklusive der Anschaffung einer Photovoltaikanlage auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe **160.000** Euro zuzustimmen".